



Brüssel, den 24. Oktober 2024
(OR. en)

14758/24

SOC 772
CADREFIN 155

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	16. Oktober 2024
Empfänger:	Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union
Nr. Komm.dok.:	COM(2024) 457 final
Betr.:	BERICHT DER KOMMISSION AN DEN RAT UND DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT Zusammenfassung der jährlichen Durchführungsberichte über die im Jahr 2022 aus dem Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen kofinanzierten operationellen Programme

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2024) 457 final.

Anl.: COM(2024) 457 final



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 16.10.2024
COM(2024) 457 final

**BERICHT DER KOMMISSION AN DEN RAT UND DAS EUROPÄISCHE
PARLAMENT**

**Zusammenfassung der jährlichen Durchführungsberichte über die im Jahr 2022 aus
dem Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen
kofinanzierten operationellen Programme**

DE

DE

Zusammenfassung der jährlichen Durchführungsberichte über die im Jahr 2022 aus dem Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen kofinanzierten operationellen Programme

1. EINLEITUNG

1.1 Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen

Der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD) ergänzt die nationalen Anstrengungen zur Bekämpfung von materieller Entbehrung, Armut und sozialer Ausgrenzung im Einklang mit dem Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte und seinem Ziel für 2030. Dies umfasst die Verringerung der Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen um mindestens 15 Millionen, darunter mindestens 5 Millionen Kinder.

Im Zeitraum 2014-2020 leistete der Europäische Hilfsfond für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD) einen Beitrag zur Linderung der schlimmsten Formen der Armut in der Union wie Nahrungsmangel, Kinderarmut und Obdachlosigkeit. Für den Zeitraum 2014-2020 wurden insgesamt 4,5 Mrd. EUR (zu jeweiligen Preisen, EU-Betrag) bereitgestellt (einschließlich der REACT-EU-Zuweisung für den FEAD), sodass sich der Gesamtwert des Fonds (einschließlich der nationalen Zuweisung) auf 5,2 Mrd. EUR belief. Im Jahr 2022 waren rund 15 Millionen Menschen Begünstigte des FEAD, wobei mehr als 390 000 Tonnen Lebensmittel und 62 Millionen Mahlzeiten verteilt wurden. Mehr als 800 000 Menschen erhielten materielle Basisunterstützung, und fast 225 000 Menschen erhielten Gutscheine.

In den Jahren 2020 und 2021 trug der FEAD dazu bei, die im Rahmen von REACT-EU bereitgestellten zusätzlichen Mittel zur Krisenbewältigung einzusetzen, um der durch COVID-19 verursachten Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse in der gesamten EU entgegenzuwirken. Im Jahr 2022 wurde der FEAD durch den Einsatz von Kohäsionsmitteln zugunsten von Flüchtlingen in Europa (CARE) flexibler, sodass Mittel aus den FEAD-Programmen für die Bereitstellung von Nahrungsmitteln und materieller Basisunterstützung für Menschen verwendet werden konnten, die aus der Ukraine flohen.

Die Mitgliedstaaten können den Fonds zur Finanzierung von Nahrungsmittelhilfe und/oder materieller Basisunterstützung (operationelles Programm (OP) I) oder von Unterstützung der sozialen Inklusion (OP II) verwenden. Nahrungsmittel und/oder materielle Basisunterstützung sind durch flankierende Maßnahmen zu ergänzen, wie z. B. Maßnahmen zur Förderung einer gesunden Ernährung, Beratung zur Zubereitung und Lagerung von Lebensmitteln, Unterstützung beim Zugang zur Gesundheitsversorgung, psychologische und therapeutische Unterstützung, Programme zum Kompetenzaufbau und Beratung zur Verwaltung eines Haushaltsbudgets.

1.2 Sozioökonomischer Kontext

2022 waren mehr als **95 Millionen** Menschen in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Dies sind **21,6 %** der Gesamtbevölkerung; es bestanden jedoch zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede beim Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen, der von 11,8 % (CZ), 13,3 % (SI) und 15,9 % (PL) bis 34,4 % (RO), 32,2 % (BG) und 26,3 % (EL) reichte. Im Vergleich zu 2019 (dem Jahr vor COVID-19) stieg die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen an, sodass der seit 2012 bestehende positive Trend umgekehrt wurde. Dieser Anstieg kann direkt mit den sozioökonomischen Herausforderungen im Zusammenhang mit den Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen, die als Reaktion auf COVID-19 ergriffen wurden, und mit den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine in Verbindung gebracht werden.

Im Jahr 2022 waren 24,7 % der Kinder unter 18 Jahren in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht; dieser Anteil lag im Jahr 2021 noch bei 24,4 %. Der Anteil der von Armut bedrohten Kinder ist höher als bei den Erwachsenen (20,9 % im Jahr 2022).

1.3 Koordinierung des FEAD auf EU-Ebene und zukünftige Entwicklungen

Für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 wurde der FEAD in den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) integriert. Zur Bekämpfung der materiellen Entbehrung – das aktuelle Hauptziel des FEAD – müssen die Mitgliedstaaten mindestens 25 % der ESF+-Komponente in geteilter Mittelverwaltung für Ziele der sozialen Inklusion sowie eine Zuweisung von mindestens 3 % pro Mitgliedstaat bereitstellen. Die Mitgliedstaaten haben 4,7 Mrd. EUR aus dem ESF+ (5,2 Mrd. EUR einschließlich der nationalen Zuweisung) für das Einzelziel m „Bekämpfung materieller Entbehrung“ bereitgestellt.

Als Folgemaßnahme zur FEAD-Gemeinschaft wurde 2023 im Rahmen der ESF-Initiative „Soziale Innovation +“ eine neue praxisorientierte Gemeinschaft für materielle Unterstützung geschaffen. Ziel ist es, die Maßnahmen im Bereich des gegenseitigen Lernens, den Austausch und die Verbreitung bewährter Verfahren im Zusammenhang mit FEAD- und ESF+-Aktivitäten zur materiellen Unterstützung fortzusetzen.

2 FORTSCHRITTE BEI DER DURCHFÜHRUNG DER FEAD-PROGRAMME¹

Im Einklang mit der Rechtsgrundlage² des FEAD stützt sich dieser Bericht auf den Inhalt der jährlichen Durchführungsberichte 2022 der 27 Mitgliedstaaten, die den Fonds durchführen, um die Durchführung des FEAD zu überprüfen.

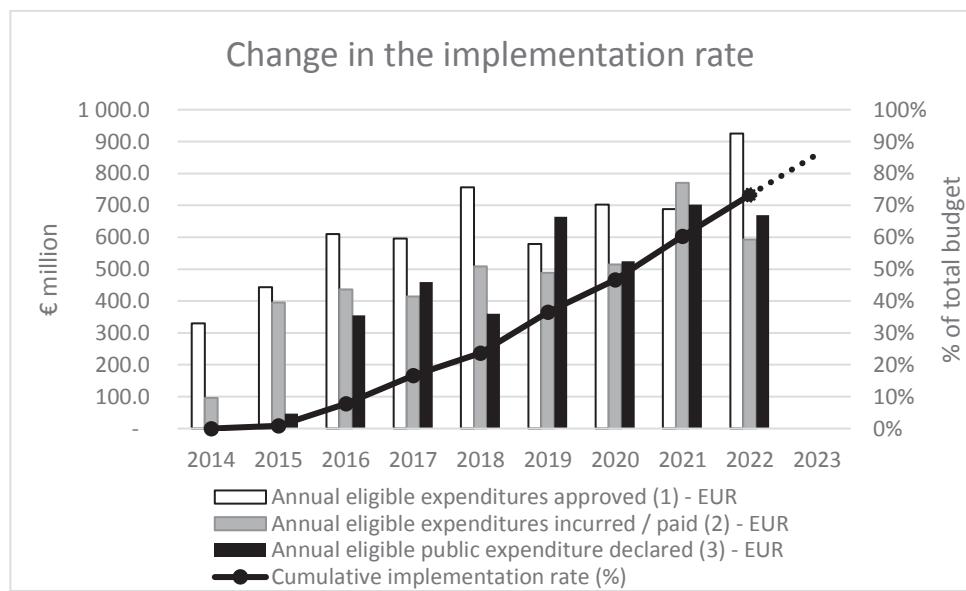
2.1 Finanzielle Durchführung

Die Gesamtmittelausstattung des FEAD für den Zeitraum 2014-2020 (einschließlich der nationalen Kofinanzierung durch die Mitgliedstaaten) belief sich Ende 2022 auf 5,2 Mrd. EUR. Dies umfasste zusätzliche 0,7 Mrd. EUR, die im Rahmen des **REACT-EU**-Pakets bereitgestellt wurden, das im Mai 2020 als Reaktion auf den COVID-19-Ausbruch angenommen und für die Jahre 2021 und 2022 zugewiesen wurde.

Die genehmigten Gesamtausgaben beliefen sich Ende 2022 auf 5,6 Mrd. EUR, was 109 % der Gesamtmittelzuweisung in Höhe von 5,2 Mrd. EUR entspricht. Dies war darauf zurückzuführen, dass die genehmigten jährlichen Ausgaben im Jahr 2022 erheblich gestiegen sind und sich auf 924,9 Mio. EUR beliefen. Die Meldung genehmigter Ausgaben, die über die zugewiesenen Haushaltsmittel hinausgehen, ist gegen Ende des Programmplanungszeitraums eine relativ gängige Praxis, um die vollständige finanzielle Durchführung sicherzustellen. Bis Ende 2022 beliefen sich die von den Begünstigten getätigten und an sie gezahlten jährlichen Ausgaben auf insgesamt **4,2 Mrd. EUR** (d. h. 82 % des Gesamthaushalts).

Die nachstehende Abbildung veranschaulicht die Entwicklung der finanziellen Berichterstattung im Zeitverlauf und zeigt den linearen Anstieg der erklärten Ausgaben seit 2015.

Gemeldete jährliche Ausgaben



¹ Die Zahlen geben den Stand der Durchführung der operationellen Programme 2014-2020 zum 31. Dezember 2022 wieder, der bis November 2023 in den jährlichen Durchführungsberichten gemeldet wurde. Alle Berichte und Daten werden im System für die Fondsverwaltung in der Europäischen Union (SFC2014) (<https://ec.europa.eu/sfc/en/2014/fund/fead>) erfasst. Das SFC2014 wird durch die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 463/2014 der Kommission vom 5. Mai 2014 geregelt.

² Artikel 13 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. 223/2014. In der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1255/2014 der Kommission vom 17. Juli 2014 wird der Inhalt der jährlichen Durchführungsberichte und der Schlussberichte einschließlich der Liste gemeinsamer Indikatoren festgelegt.

Quelle: Jährliche Durchführungsberichte 2022 (SFC2014), Stand: 8. November 2023.

Die durchschnittliche Durchführungsrate auf EU-Ebene liegt derzeit bei **73 %** für die FEAD-Programme. Diese Durchführungsquoten beruhen auf dem Anteil an der zugewiesenen Gesamtmittelausstattung, der der Kommission derzeit gemeldet ist. Bis Ende 2022 wurde der vollständige Abschluss der Durchführung von den folgenden Ländern fast erreicht: Österreich (95 %), Bulgarien (96 %), Zypern (93 %), Niederlande (95 %), Finnland (98 %), Irland (94 %) und Lettland (91 %). In Dänemark (69 %), Italien (50 %), Rumänien (59 %) und der Slowakei (63 %) waren die Durchführungsquoten niedriger.

Im letzten Jahr, bevor die abschließenden Durchführungsberichte fällig sind, muss der FEAD viel schneller durchgeführt werden, um sicherzustellen, dass alle Haushaltssittel ausgegeben werden. Österreich, die Niederlande, Schweden und Irland berichten, dass sie alle operationellen Tätigkeiten für den FEAD vor Ende 2022 abgeschlossen haben. Allerdings befinden sich die FEAD-Programme in den meisten anderen Mitgliedstaaten noch in der Durchführung. Die jährlichen gemeldeten Ausgaben stiegen 2022 weiter an, aber nicht ausreichend, um sicherzustellen, dass die Ziele bis Ende 2023 umgesetzt werden konnten. Im Jahr 2022 wurden in den jährlichen Durchführungsberichten 2022 Ausgaben in Höhe von insgesamt 669 Mio. EUR gemeldet. Dies war etwas niedriger als die im Jahr 2021 gemeldeten 704 Mio. EUR, und damit wurde Ende 2022 eine Gesamtdurchführungsrate von 73 % erreicht. Bislang wurden insgesamt 5,6 Mrd. EUR (109 % der zugewiesenen Mittel) als bewilligte Mittel gemeldet, und die Begünstigten tätigten bis Ende 2022 Ausgaben oder Zahlungen in Höhe von 4,2 Mrd. EUR (bzw. 82 % der zugewiesenen Mittel).

Finanzielle Durchführung insgesamt

MS	Insgesamt zu- gewiesen	Bewilligt	Ange- fallen/ gezahlt	Ange- geben	Durch- führungs- rate	Anstieg im Jahr 2022
	Beträge (in Mio. EUR)				Prozent ³ (%)	Prozent- punkte ⁴
AT	27,21	27,21	25,88	25,85	95 %	17
BE	134,30	137,32	110,44	88,59	66 %	9
BG	161,88	161,88	159,62	154,70	96 %	15
CY	4,64	4,64	4,64	4,29	93 %	20
CZ	31,34	42,63	21,96	21,57	69 %	8
DE	92,82	107,77	94,12	81,58	88 %	22
DK*	4,64	3,76	3,57	3,20	69 %	0
EE	13,91	10,57	10,56	8,99	65 %	4
EL	323,04	309,44	253,20	252,49	78 %	16
ES	839,84	801,70	739,92	657,38	78 %	7
FI	26,52	26,52	26,18	26,10	98 %	15
FR	691,42	1 031,80	712,95	601,42	87 %	32
HR	53,09	63,43	37,19	35,18	66 %	20
HU	110,45	130,60	109,69	95,88	87 %	15

³ Dieser Prozentsatz bezieht sich auf den Gesamtbetrag der bei der Kommission geltend gemachten förderfähigen öffentlichen Ausgaben als Anteil der insgesamt zugewiesenen Mittel, die im letzten genehmigten operationellen Programm gemeldet wurden.

⁴ Differenz zwischen den Durchführungsquoten 2021 und 2022, gemessen in Prozentpunkten.

IE	26,78	26,78	26,64	25,07	94 %	14
IT	988,31	930,58	588,55	496,30	50 %	10
LT	90,83	90,86	72,45	68,31	75 %	12
LU	5,49	5,46	4,70	3,88	71 %	15
LV	57,60	57,60	57,21	52,52	91 %	17
MT	4,64	4,64	4,43	3,69	80 %	1
NL	4,64	4,41	4,40	4,40	95 %	13
PL	556,89	591,85	535,81	496,30	89 %	7
PT	208,17	243,79	157,07	154,79	74 %	14
RO	574,84	686,66	365,46	338,44	59 %	8
SE	9,28	8,05	7,72	7,40	80 %	11
SI	33,03	34,72	27,70	18,50	56 %	0
SK	87,77	84,90	56,43	54,98	63 %	3
EU	5 163,38	5 629,59	4 218,50	3 781,82	73 %	13

* Die Zahlen für Dänemark geben die Situation Ende 2021 wieder. DK hatte bis zum 8. November 2021 noch keinen jährlichen Durchführungsbericht vorgelegt.

2.2 Umsetzung vor Ort

Im Jahr 2022 erhielten 14,2 Millionen Menschen Nahrungsmittelhilfe, 0,8 Millionen Menschen materielle Basisunterstützung, und 9 127 Menschen erhielten Unterstützung für soziale Inklusion über den FEAD. Die Zahlen sind niedriger als in den COVID-19-Jahren 2020 und 2021, liegen aber über den Durchschnittsschätzungen für 2017-2019. Von diesen insgesamt 15 Millionen Menschen waren 49 % Frauen, 30 % Kinder, 10 % älter als 65 Jahre, 12 % Migranten, Menschen ausländischer Herkunft oder Angehörige von Minderheiten, 5 % Menschen mit Behinderungen und 6 % obdachlos.

Bis Ende 2022 wurde in 27 Mitgliedstaaten eine wirkungsvolle Unterstützung aus dem FEAD geleistet, wobei gute Fortschritte bei der Erreichung der Ziele des Fonds gemacht wurden. Die meisten Mitgliedstaaten (23 von 27) hatten Nahrungsmittel und/oder materielle Basisunterstützung zusammen mit flankierenden Maßnahmen verteilt (operationelles Programm I), und vier Mitgliedstaaten führten weiterhin Programme zur sozialen Inklusion durch (OP II).

Table 1. Art der Unterstützung – FEAD

OP	Art der Unterstützung	Mitgliedstaat
OP I	Nahrungsmittel	10 MS: BE, BG, EE, ES, FI, FR, MT, PL, PT, SI
	Mat. Basis- unterstützung	1 MS: AT
	Beides	11 MS: CY*, CZ, EL, HR, HU, IE, IT, LT, LU, LV, RO, SK^
OP II	Soziale Inklusion	4 MS: DE, DK, NL, SE

* Zypern stellte 2019 die Nahrungsmittelhilfe ein und konzentriert sich seitdem auf materielle Basisunterstützung.

^ Die Slowakei leistete zwischen 2016 und 2019 materielle Basisunterstützung und leistet seither nur noch Nahrungsmittelhilfe mit Unterstützung aus dem FEAD.

Der Zustrom ukrainischer Flüchtlinge⁵, die vor dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine seit Februar 2022 fliehen, hat die Umsetzung des FEAD im Jahr 2022 erheblich beeinflusst. Durch den Einsatz von Kohäsionsmitteln zugunsten von Flüchtlingen in Europa (CARE) wurde den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität eingeräumt, wodurch sie die Bereitstellung von Soforthilfe für diese spezifische Gruppe mithilfe des FEAD unterstützen konnten. Zwar haben nicht alle Mitgliedstaaten spezifische Maßnahmen gemeldet oder ukrainische Flüchtlinge im Jahresbericht ausdrücklich als Zielgruppe genannt, doch ist es wahrscheinlich, dass die bestehenden aus dem FEAD finanzierten Maßnahmen zur Nahrungsmittelhilfe/materiellen Unterstützung in den meisten Mitgliedstaaten auch Flüchtlingen zugute kamen. Nachstehend werden die Meldungen der Mitgliedstaaten zusammengefasst, in denen explizit **Maßnahmen in Bezug auf ukrainische Flüchtlinge** genannt wurden:

- **Bulgarien** erwähnt spezifische Maßnahmen, deren Schwerpunkt ausdrücklich auf Vertriebenen – zumeist Mütter mit Kindern und ältere Menschen – aus der Ukraine liegt. Der FEAD unterstützte die Sozialhilfeagentur bei der Bereitstellung von Gutscheinen für Nahrungsmittel und lebensnotwendige Güter für alle Personen (einschließlich Kindern) mit vorübergehendem Schutzstatus. Bei der Verteilung dieser Gutscheine wurde den Bedürfnissen von Kindern und ihren Eltern/Erziehungsberechtigten Vorrang eingeräumt. Die verteilten Gutscheine belaufen sich auf 100 BGN (51 EUR) pro Person und können für den Erwerb von Lebensmitteln, Kleidung, Schuhen, Babynahrung, Kinderkleidung, Schulbedarf und Hygieneartikeln verwendet werden. Darüber hinaus wurde die Initiative „Warmes Mittagessen“ auch auf vorübergehend Vertriebene aus der Ukraine ausgeweitet. Die flankierenden Maßnahmen wurden auf ukrainische Flüchtlinge erweitert, damit sie Zugang zu zusätzlicher Sozialhilfe, Rechtsbeistand und sozialer Integration erhalten und Arbeit finden konnten.
- **Tschechien** berichtet, dass seine Nahrungsmittelhilfe im Jahr 2022 besonders durch die höhere Zahl von Migranten betroffen war, von denen die meisten Flüchtlinge vor dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine waren.
- **Estland** weist auf die steigende Zahl ukrainischer Flüchtlinge im Jahr 2022 hin, die auch zu einem Anstieg der Nachfrage nach Nahrungsmittelhilfe geführt hat. Die benötigten zusätzlichen Mittel wurden durch eine Kombination aus dem FEAD, REACT-EU und nationalen Mitteln gedeckt. Für diese Zielgruppe wurden spezielle Lebensmittelpakete beschafft, die leicht ohne Kücheneinrichtungen zubereitet werden konnten, da die meisten Flüchtlinge in Hotels und auf Schiffen untergebracht waren.
- **Italien** berichtet, dass es mit der Verteilung von Nahrungsmittelhilfe aus dem FEAD an ukrainische Flüchtlinge begonnen hat. Im ersten Halbjahr 2022 stammten 10 % der Empfänger von Nahrungsmittelhilfe aus der Ukraine.
- **Litauen** beschloss, Lebensmittel- und Hygienepakete an Kriegsflüchtlinge zu verteilen, ohne deren Einkommen zu prüfen. Die zusätzliche Nachfrage seitens der ukrainischen Flüchtlinge stellte eine Herausforderung sowohl für die Verteilung der Lieferungen als auch für die Lieferanten selbst dar. Vor dem Krieg hatten die Lieferanten Produkte aus der Ukraine, Belarus oder Russland verwendet, sie mussten daher ihre Lieferketten neu ausrichten, um die erforderlichen Mengen bereitzustellen.
- **Lettland** berichtet über eine Vielzahl unterschiedlicher Unterstützungsmaßnahmen, die ausdrücklich für ukrainische Flüchtlinge eingeleitet wurden. Im Rahmen dieser Unterstützung für ukrainische Flüchtlinge werden u. a. Lebensmittelpakete für Kinder, Nahrungsmittel für Säuglinge und Kleinkinder sowie Hygiene- und Haushaltsartikel bereitgestellt.

⁵ Der Begriff „Flüchtling“ wird hier in einem breiten politischen Sinne verwendet und nicht im Sinne der Definition in der Genfer Konvention und im asylrechtlichen Besitzstand der EU.

- **Polen** stellte ukrainischen Flüchtlingen bereits am Tag nach Beginn des russischen Angriffs Nahrungsmittelhilfe zur Verfügung. Nach Schätzungen Polens haben rund 142 000 ukrainische Flüchtlinge Unterstützung aus dem nationalen FEAD-Programm erhalten.
- **Rumänien** hat sein System der materiellen Unterstützung für Neugeborene, das auf die am stärksten benachteiligten Personengruppen abzielt, auf Ausländer und Flüchtlinge aus dem Gebiet des bewaffneten Konflikts in der Ukraine ausgeweitet. Dies umfasst eine finanzielle Unterstützung in Form eines Gutscheins über 2 000 RON (400 EUR) pro neugeborenem Kind für den Kauf spezieller Produkte für Säuglinge.
- Die **Slowakei** teilt mit, dass verschiedene Partnerorganisationen mit Unterstützung des FEAD täglich warme Mahlzeiten für ukrainische Flüchtlinge bereitstellten.

2.2.1 Nahrungsmittelhilfe

Frankreich, Italien, Spanien, Polen und Rumänien meldeten die höchste Zahl von Menschen, die Nahrungsmittelhilfe erhielten. In Frankreich und Italien wurden die Mittel erheblich durch REACT-EU aufgestockt, um die zusätzlichen Menschen, die Nahrungsmittelhilfe erhalten, zu versorgen. Italien hat dem FEAD eine zusätzliche Aufstockung von knapp 200 Mio. EUR an REACT-EU-Mitteln zugewiesen. Auf diese Weise stieg die Zahl der Menschen, die Nahrungsmittelhilfe erhielten, von 2,7 Millionen im Jahr 2020 auf 3 Millionen im Jahr 2021 an. In Frankreich wurden zusätzliche 104 Mio. EUR bereitgestellt, und die Zahl der Menschen, die Nahrungsmittelhilfe erhielten, stieg von geschätzten 5,1 Millionen im Jahr 2021 auf geschätzte 5,6 Millionen im Jahr 2022. Die Mitgliedstaaten melden auch, dass die Inflation und der Zustrom ukrainischer Flüchtlinge die Nachfrage nach Nahrungsmittelhilfe bei den am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen erhöht haben.

Insgesamt ging die geschätzte Gesamtzahl der Menschen, die Nahrungsmittelhilfe erhielten, im Jahr 2022 jedoch zurück; dabei wurden in mehreren Mitgliedstaaten weniger Empfänger gemeldet. Dies lässt sich erklären durch: i) die Ausschöpfung der Finanzmittel in Bulgarien und Irland bis Januar 2022 und ii) die Ausschöpfung der FEAD-Zuweisung in Spanien, was dazu führte, dass es weniger Verteilungskampagnen und damit weniger Endempfänger gab.

Geschätzte Zahl der Personen, die Nahrungsmittelhilfe erhielten, nach Jahr

MS (x 1 000)	2018	2019	2020	2021	2022
BE	394	359	382	449	463
BG	540	466	494	553	15
CY	2	2	—	—	—
CZ	101	57	78	62	80
EE	23	21	26	24	19
EL	353	290	294	319	281
ES	1 288	1 229	1 496	1 468	1 321
FI	281	316	317	295	105
FR	4 340	4 790	5 504	5 120	5 615
HR	65	53	27	88	10
HU	184	141	182	177	176
IE	152	195	277	157	7
IT	2 678	2 079	2 657	2 984	2 907
LT	197	192	183	195	214

LU	13	13	13	13	13
LV	70	76	75	88	127
MT	13	11	12	10	9
PL	1 385	1 356	1 337	1 254	1 294
PT	79	93	149	170	154
RO	-	-	1 186	1 486	1 186
SI	158	153	157	151	161
SK	192	185	137	7	8
EU	12 508	12 074	14 984	15 070	14 165

Was das Profil der Endempfänger von Nahrungsmittelhilfe anbelangt, so verteilten Kroatien und Ungarn einen vergleichsweise großen Anteil an **Kinder** (64 % bzw. 60 %), während andere Mitgliedstaaten den FEAD hauptsächlich für die direkte Nahrungsmittelhilfe für **Menschen über 65 Jahre** verwendeten (Bulgarien: 55 %, Finnland: 39 %, Lettland: 25 %). Insgesamt lag der Anteil der **Frauen** an den Gesamtempfängern von Nahrungsmittelhilfe bei **49 %**; dieser Anteil war jedoch von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich. So waren beispielsweise 63 % der Endempfänger in Estland Frauen, während der Frauenanteil in Ungarn (22 %) und Irland (29 %) deutlich unter dem Durchschnitt lag. Der Anteil der **Migranten**, die Nahrungsmittelhilfe erhielten, lag in Estland, Tschechien, Luxemburg und Ungarn über dem EU-Durchschnitt. Der Anteil der Migranten (in erster Linie ukrainische Staatsangehörige), die Nahrungsmittelhilfe erhielten, war in Estland mit 70 % besonders hoch. Polen berichtete, dass ukrainische Flüchtlinge, die Unterstützung im Rahmen des Nahrungsmittelhilfeprogramms erhalten, in die Kategorie „Migranten“ eingeordnet werden.

Der Anteil der Menschen mit **Behinderungen**, die Nahrungsmittelhilfe erhalten, ist relativ gering (durchschnittlich 5 %). Bulgarien (19 %), Ungarn (32 %) und Rumänien (24 %) leisteten deutlich mehr Unterstützung für Menschen mit Behinderungen.

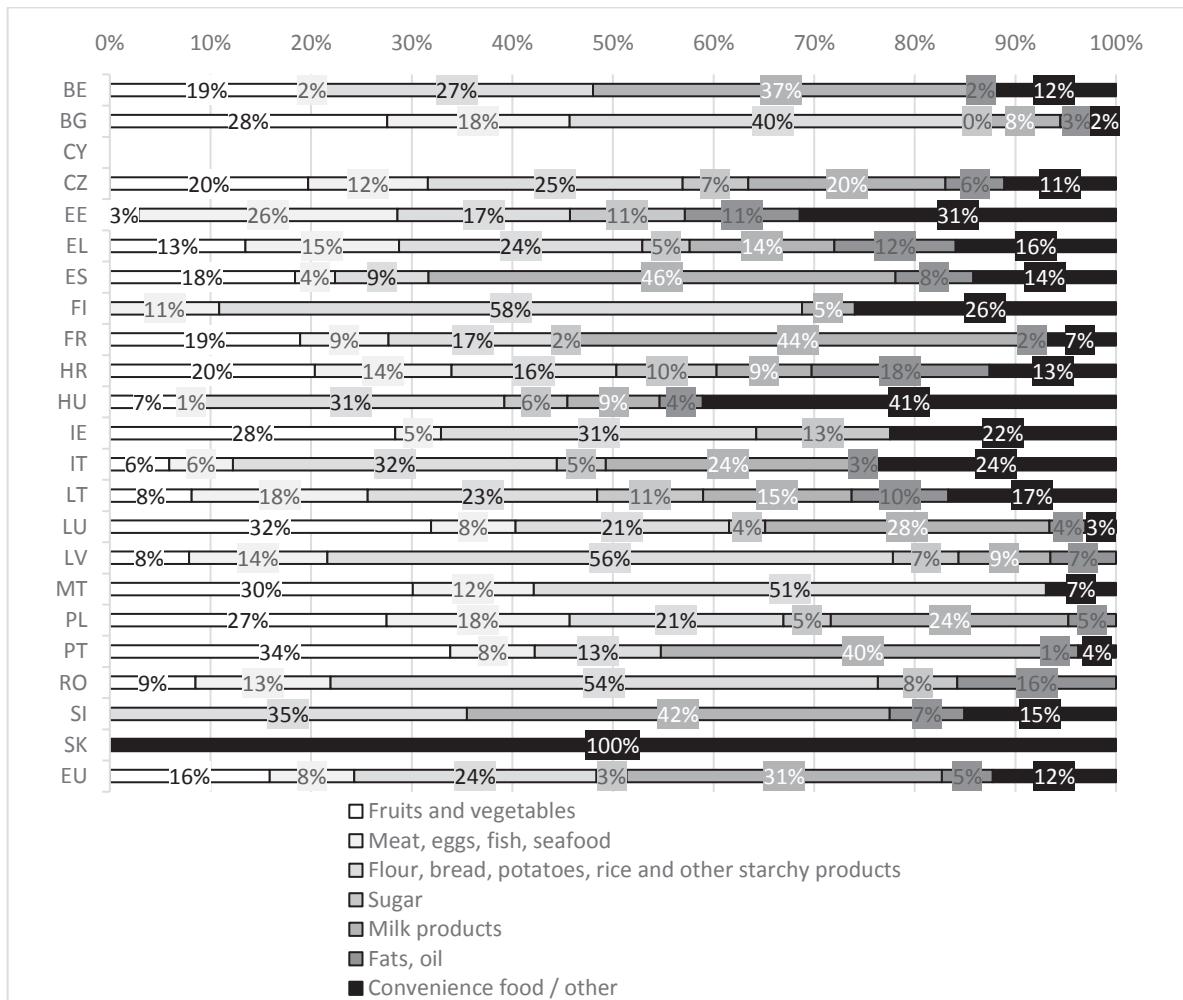
In den meisten Mitgliedstaaten werden **Obdachlose** nicht häufig als Empfänger von Nahrungsmittelhilfe gemeldet. Bemerkenswerte Ausnahmen sind Tschechien (16 %), Irland (20 %) und insbesondere die Slowakei (100 %), die ihr gesamtes Nahrungsmittelhilfeprogramm nutzte, um Obdachlosen in fünf Städten verzehrfertige warme Mahlzeiten zur Verfügung zu stellen.

Die Menge an Lebensmitteln (in Tonnen) betrug 2022 fast 400 000 Tonnen. Die etwas geringeren Mengen an Nahrungsmittelhilfe aus dem FEAD lassen sich durch die Situation nach der COVID-19-Pandemie, den Preisanstieg und die Verringerung der im Rahmen des Programms verfügbaren Mittel in einigen Ländern erklären, da die Mittelzuweisungen fast ausgeschöpft waren.

Obwohl alle Mitgliedstaaten angeben, dass sie den allgemeinen Grundsatz einhalten, dass die Nahrungsmittelhilfe zu einer ausgewogenen Ernährung der am stärksten benachteiligten Personen beitragen sollte, gibt es erhebliche Unterschiede bei der Auswahl der Erzeugnisse. Portugal, Malta, Luxemburg, Bulgarien und Irland stellen überdurchschnittlich hohe Anteile an Obst und Gemüse bereit. In Finnland, Lettland, Malta und Rumänien machen stärkehaltige Erzeugnisse, darunter Mehl, Brot, Kartoffeln, Reis und anderes, mehr als die Hälfte der Lebensmittel aus. Milcherzeugnisse stellen in Belgien, Frankreich, Spanien, Portugal und Slowenien einen überdurchschnittlichen Anteil an der gesamten Nahrungsmittelhilfe. Fertigprodukte (zubereitete Mahlzeiten, verzehrfertige Lebensmittel) oder Lebensmittel, die nicht klassifiziert werden können, machen durchschnittlich rund 12 % der gesamten Nahrungsmittelhilfe in der EU aus. In diese Kategorie fallen jedoch alle in der Slowakei bereitgestellten Lebensmittel und 40 % der in

Ungarn bereitgestellten Lebensmittel. Die Slowakei stellte heiße Suppe, Gebäck sowie warme und alkoholfreie Getränke bereit, die sie in die Kategorie „Fertigprodukte/Sonstiges“ einordnet.

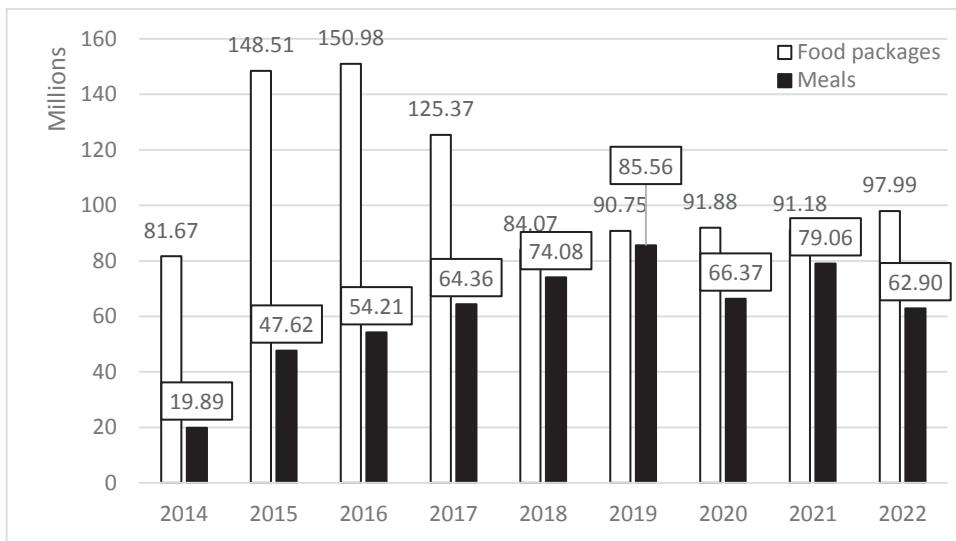
Zusammensetzung der Nahrungsmittelhilfe im Jahr 2022 nach Mitgliedstaat



Ein Vergleich der spezifischen Zusammensetzung der Nahrungsmittelhilfe im Zeitverlauf zeigt keine größeren Veränderungen auf.

Die Lebensmittel werden in Form von Lebensmittelpaketen oder als Mahlzeiten verteilt. Estland, Frankreich, Litauen, Luxemburg, Portugal, Rumänien und Slowenien verteilten 2022 nur Lebensmittelpakete, und Bulgarien und die Slowakei verteilten ausschließlich Mahlzeiten, während andere Mitgliedstaaten beides verteilten.

Entwicklung der Anzahl der verteilten Pakete und Mahlzeiten im Zeitverlauf



Die Gesamtzahl der Pakete pro Person stieg 2022 leicht auf etwa sieben Pakete an. Die Menge der verteilten Nahrungsmittel nach Gewicht ist erheblich gestiegen, und zwar von 18,9 kg pro Person im Jahr 2014 auf 28,1 kg im Jahr 2022.

2.2.2 Materielle Unterstützung

Die gemeldete Gesamtzahl der Empfänger materieller Basisunterstützung ist niedriger als in den Vorjahren. Dies ist hauptsächlich auf Lücken in der Berichterstattung (in Rumänien) zurückzuführen und steht nicht unbedingt im Zusammenhang mit dem sozioökonomischen Kontext. Genauere Daten werden verfügbar sein, sobald alle Mitgliedstaaten ihre Berichterstattung für den abschließenden Durchführungsbericht zum FEAD abgeschlossen haben.

In Rumänien unterstützte der FEAD den Erwerb von Schulartikeln. Eltern förderfähiger benachteiligter Kinder erhielten elektronische Gutscheine für den Erwerb von Schulbedarf und Kleidung, die die Kinder für den Schulbesuch benötigten. Im Rahmen des Programms wird auch der Erwerb von Hygieneartikeln und Grundbedarfsartikeln für neugeborene Kinder unterstützt.

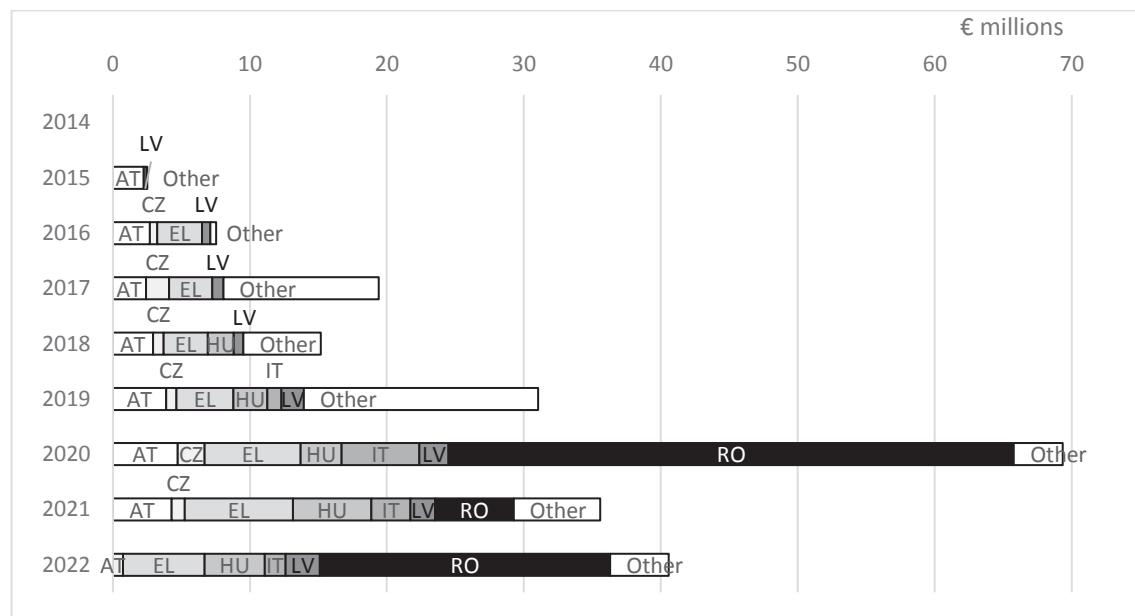
Zahl der Personen, die materielle Basisunterstützung erhielten

MS	2018	2019	2020	2021	2022
AT	44 555	44 245	44 389	41 636	-
CY	413	614	630	840	699
CZ	71 810	34 298	57 624	50 951	49 864
EL	238 971	188 938	265 560	274 620	236 491
HR	7 805	48 197	242	33 929	10 562
HU	25 964	56 868	128 289	149 666	137 832
IE	40 743	40 250	51 201	45 252	-
IT	-	4 758	24 833	29 225	4 054
LT	197 196	191 783	183 411	195 220	213 636
LU	13 016	12 621	12 579	12 706	13 471
LV	17 439	70 341	69 241	81 171	122 245
RO	-	-	1 121	1 188	-
SI			954	269	
SK	110 223	96 782	-	-	55 795

Im Jahr 2022 leisteten Zypern und Ungarn materielle Basisunterstützung ausschließlich für Kinder. Obwohl diese Unterstützung in der Regel nicht für Menschen über 65 Jahren gewährt wird, erhielt diese Zielgruppe in Lettland (24 %) und Kroatien (25 %) eine überdurchschnittliche Unterstützung (11 % auf EU-Ebene). Frauen stellen einen überdurchschnittlichen Anteil der Empfänger materieller Hilfe in Litauen (54 %), Kroatien (54 %) sowie in Zypern (100 %), wo die materielle Basisunterstützung ausschließlich für Mädchen unter 15 Jahren gewährt wurde. In Zypern, Tschechien, Italien, Lettland und Luxemburg erhielten überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund materielle Basisunterstützung, während Kroatien und Litauen den Schwerpunkt stärker auf Menschen mit Behinderungen legten. Obdachlose erhielten besonders in Italien materielle Basisunterstützung (100 %). Die Kampagne Italiens konzentrierte sich auf Menschen, die unter gravierender materieller Entbehrung litten, wobei es sich zumeist um obdachlose Männer ausländischer Herkunft handelte. Die meisten Menschen, die materielle Basisunterstützung erhielten, waren auch Empfänger der Nahrungsmittelhilfe. Ziel war es nicht nur, unmittelbar auf die Hauptbedürfnisse der Menschen zu reagieren, die in extremer Armut lebten, sondern auch flankierende Maßnahmen durchzuführen, um die Empfänger bei der Überwindung ihres Zustands der schweren Entbehrung zu unterstützen.

Die jährliche Berichterstattung der Mitgliedstaaten zeigt **eine stetig steigende Tendenz beim Geldwert der materiellen Basisunterstützung im Rahmen des FEAD, insbesondere wenn 2020 ausgeklammert wird**. Materielle Unterstützung mit dem höchsten Geldwert wurde 2022 in Rumänien (21,2 Mio. EUR), Griechenland (5,97 Mio. EUR) und Ungarn (4,4 Mio. EUR) geleistet.

Gesamtgeldwert der bereitgestellten materiellen Basisunterstützung (in Mio. EUR)



Seit Beginn des Programmplanungszeitraums 2014-2020 hat sich der Wert der bereitgestellten materiellen Basisunterstützung für bestimmte Zielgruppen unterschiedlich entwickelt. Wenn das Jahr 2015 außer Acht gelassen wird, erhielten Kinder zwischen einem Drittel und zwei Dritteln des Wertes der materiellen Basisunterstützung; dieser Wert ist nun auf 73 % des Gesamtwerts gestiegen. Diese großen Verschiebungen waren in erster Linie auf Rumänien zurückzuführen, das einen erheblichen Teil seiner umfangreichen Förderung für das Programm zur materiellen Basisunterstützung fast

ausschließlich für Kinder einsetzte. Obwohl Obdachlose, insbesondere in den Jahren der COVID-19-Lockdowns, eine spezifische Zielgruppe darstellten, kehrte der Gesamtwert der von ihnen erhaltenen Waren im Jahr 2022 wieder auf das Niveau vor der COVID-19-Pandemie zurück.

Flankierende Maßnahmen

Gemäß FEAD-Verordnung setzten die Mitgliedstaaten, die 2022 OP-I-Programme durchführten, auch flankierende Maßnahmen um.

Die meisten Mitgliedstaaten setzten eine Kombination von flankierenden Maßnahmen fort; nur wenige konzentrierten sich auf lediglich eine oder zwei Maßnahmen.

Zu den flankierenden Maßnahmen im Jahr 2022 zählten:

- Beratung zur Zubereitung und Lagerung von Lebensmitteln, Rezeptbücher, die Förderung gesunder Entscheidungen und der Zubereitung gesunder Mahlzeiten unter Verwendung der verteilten Produkte (BE, BG, CZ, EE, FI, FR, HR, LT, LV, MT, PL, PT und SK),
- Bildungsaktivitäten oder Informationen zur Förderung einer gesunden Ernährung, z. B. Kochworkshops (BE, BG, CZ, EL, FI, FR, HR, IT, LT, LU, LV, PT, PL, RO, SI und SK),
- Beratung zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen (BG, CZ, FI, LU, LV, PL und PT),
- Beratung zu Körperhygiene (BE, BG, EL, HR, HU, LV, RO und SK),
- Verweisung an die zuständigen Stellen (z. B. Sozialdienst/Verwaltung) (BE, BG, CZ, EE, FI, FR, IE, IT, LU, LV, PT und SK),
- Coaching und Workshops, insbesondere damit mehr Menschen Bildung erhalten oder einen Arbeitsplatz finden (BG, CY, CZ, EL, FI, FR, IE, IT, LT, LV, RO und SI),
- Bildungsaktivitäten und Schulungen/Programme zum Kompetenzaufbau (EL, FR, LV, MT, PL, RO und SI),
- Maßnahmen zur Erleichterung des Zugangs zu medizinischer Versorgung (BG, FI, FR, HU, IE, IT, LV und RO),
- psychologische und therapeutische Unterstützung (CZ, EL, FI, FR, HU, IT, LT, LV, PL und SI),
- Beratung zur Verwaltung eines Haushaltsbudgets (BG, CZ, EL, FR, HR, IE, IT, LT, LV, MT, PL, PT und SK),
- spezielle Beratung zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung von Bindungen innerhalb der Familien und/oder Gemeinschaften, einschließlich Konfliktlösung, Hilfen für Eltern, Hilfe bei der häuslichen Pflege (BG, CY, FR, IE, LT, LV, MT und PL),
- Workshops zu grundlegenden Erste-Hilfe-Kompetenzen (SI),
- soziale Aktivitäten und Freizeitaktivitäten (CZ, FI, FR, LV, LU, MT, PL und SI),
- Leistung von Rechtsberatung (CZ, FR, IT, LT, PL und RO),
- sonstige flankierende Maßnahmen (AT, BE, BG, CY, CZ, EE, ES, FI, FR, IE, EL, IT, LU, MT, PL, PT, RO und SI), vor allem Dienste für persönliche Unterstützung, Pflege von Erwachsenen, Fahrdienste bzw. Mobilität für sozial Benachteiligte, Maßnahmen zur Erleichterung des Zugangs zu Unterkünften oder Schutzräumen sowie Unterstützung beim Zugang zu Rechts- und Schulhilfe.

2.2.3 Soziale Inklusion

Im Zeitraum 2014-2020 führten vier Mitgliedstaaten (DE, DK, NL, SE) das FEAD-Programm vom Typ II durch, um Ziele der sozialen Inklusion zu erreichen. Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Zahl der Personen, die an diesen Programmen teilnahmen, und zeigt, dass nur Deutschland Teilnehmer für 2022 gemeldet hat. Der jährliche Durchführungsbericht

Dänemarks war zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts noch nicht fertiggestellt, und in Schweden und den Niederlanden fanden 2022 keine operationellen Tätigkeiten statt.

Zahl der Personen, die Unterstützung zur Förderung der sozialen Inklusion erhielten

MS	2018	2019	2020	2021	2022
DE	37 062	27 742	28 168	16 787	9 127
DK	454	757	277	570	- ⁶
NL	769	579	366	93	-
SE	414	658	1 175	441	-
EU	38 699	29 736	29 986	17 891	9 127

Anders als bei der Nahrungsmittelhilfe und der materiellen Basisunterstützung werden in den Programmen des FEAD zur Förderung der sozialen Inklusion keine gemeinsamen Indikatoren zur Überwachung der Umsetzung verwendet. Stattdessen können die operationellen Programme eigene Indikatoren festlegen, damit diese auf die spezifischen Arten der geplanten Programme ausgerichtet werden können. Die Definition der Zielgruppen in den einzelnen Ländern ist nachstehend beschrieben:

- **Der Schwerpunkt des Programms Deutschlands liegt darauf, neu angekommene EU-Bürgerinnen und -Bürger und ihre Kinder zu erreichen** und ihnen den Zugang zu frühkindlicher Bildung zu erleichtern. Außerdem hilft es Obdachlosen dabei, mehr Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen zu erhalten. Das Programmziel, 18 044 Einwanderer zu beraten, wurde bereits im ersten Jahr des Programms übertroffen, und erhöhte sich in den Folgejahren auf insgesamt mehr als 112 000 Einwanderer.
- In Dänemark **konzentriert sich das aus dem FEAD geförderte Programm auf die Unterstützung von Obdachlosen** durch aufsuchende Sozialarbeit, die Bereitstellung von Notunterkünften, Lagermöglichkeiten, soziale Aktivitäten und Programme zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit. Das Ziel von 1 400 Personen wurde 2018 erreicht, und bis 2021 hatten insgesamt 3 016 Personen an den Programmen teilgenommen (für 2022 lagen keine Informationen vor).
- Die Niederlande nutzten die Unterstützung für die soziale Inklusion aus dem FEAD, um **die soziale Ausgrenzung älterer Menschen mit einem niedrigen verfügbaren Einkommen zu verhindern**. Dies wurde durch Outreach-Programme erreicht, die hauptsächlich in örtlichen Bibliotheken in den vier größten Städten durchgeführt wurden und in deren Rahmen soziale Aktivitäten und Programme organisiert wurden. Das Programm hat sein Ziel von 5 000 Personen nicht erreicht, da bis zum Ende der Aktivitäten im Jahr 2021 insgesamt 3 299 Personen erreicht wurden.
- **In Schweden unterstützt der FEAD sozial schwache Personen (Obdachlose oder von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen, Migranten, Menschen ausländischer Herkunft, Minderheiten und Frauen), die nicht erwerbstätig sind und sich seit weniger als drei Monaten in Schweden aufhalten.** Durch das letztere Kriterium wird sichergestellt, dass sich die FEAD-Unterstützung an eine Zielgruppe richtet, die nicht unter das Gesetz über Sozialdienstleistungen fällt. Ziel des Programms ist es, grundlegende Informationen über die schwedische Gesellschaft bereitzustellen, die auf den Informationsbedarf der Zielgruppe ausgerichtet sind, sowie gezielte Informationen zu Gesundheitsfragen.

Für die FEAD-Programme in den vier Ländern, deren Schwerpunkt auf der sozialen Inklusion liegt, wurden angestrebte Ergebnisse auf der Grundlage programmspezifischer Ziele festgelegt. **Alle angestrebten Ergebnisse wurden problemlos erreicht, oft bereits im ersten Jahr der Durchführung.**

⁶ Dänemark hatte bis zum 8. November keinen jährlichen Durchführungsbericht vorgelegt.

In Deutschland wurden die Ziele für **alle vier Ergebnisindikatoren jedes Jahr durchgängig erreicht**. Der Anteil der unterstützten Einwanderer, die Beratung in Anspruch nahmen, lag bei rund 90 % und stieg 2022 weiter an. Auch bei den anderen drei Arten angestrebter Ergebnisse hat die Umsetzung zu stabilen Ergebnissen geführt, die deutlich über den Zielvorgaben liegen.

In Dänemark ist der Anteil der **Menschen, die auch andere Dienste in Anspruch nehmen**, seit den ersten Jahren der Durchführung **erheblich gestiegen** und hat inzwischen einen Stand von 89 % der Zielgruppe erreicht.

In den Niederlanden wurden **die meisten angestrebten Ergebnisse problemlos erreicht**, mit Ausnahme der Teilnehmerzahl, wo das Ziel nicht erreicht wurde. Die Indikatoren zur Messung des Anteils der Teilnehmer, die i) für den Unterstützungsanbieter sichtbar geblieben sind, ii) über starke soziale Netzwerke verfügten, iii) verbesserte Kompetenzen aufwiesen oder iv) andere Arten von Unterstützung erhielten, lagen in praktisch allen Jahren der Umsetzung weit über dem Zielwert.

In Schweden wird das **Ziel, die Gesundheit und Hygiene der Teilnehmer zu verbessern**, seit 2017, dem zweiten Jahr der Berichterstattung über die Fortschritte bei der Umsetzung, erreicht.

2.3 Berichterstattung über allgemeine Grundsätze

Artikel 5 der FEAD-Verordnung enthält mehrere horizontale Grundsätze für alle Programme und sieht vor, dass die Mitgliedstaaten darüber Bericht erstatten, wie diese Grundsätze berücksichtigt werden. Es gibt für die Mitgliedstaaten im Wesentlichen zwei Verfahren der Berichterstattung darüber, wie die Maßnahmen die bestehenden **Kohäsionsinstrumente der EU** und nationale Anstrengungen zur Bekämpfung von materieller Entbehrung, Armut und sozialer Ausgrenzung **ergänzen** und wie eine Doppelfinanzierung vermieden wird. Einige Mitgliedstaaten legten minimale Berichte über die Vermeidung von Überschneidungen mit anderen Maßnahmen zur sozialen Inklusion vor, während andere ausführlicher darüber berichteten, wie ihre Programme von der Möglichkeit, Mittel verschiedener Fonds zu bündeln, profitieren.

Im Programmplanungszeitraum 2014-2020 bestand bereits eine Koordinierung zwischen dem ESF und dem FEAD in Form institutioneller Verbindungen zwischen den zuständigen Verwaltungsbehörden, z. B. durch die Teilnahme am Begleitausschuss des jeweils anderen Fonds. Über förmliche Vereinbarungen hinaus berichteten die Verwaltungsbehörden auch über aktive Kommunikationsbemühungen, um sicherzustellen, dass Begünstigte, Empfänger und staatliche Partner über die durchgeföhrten Tätigkeiten informiert sind. Sowohl Finnland als auch Litauen führen mehrere ESF-Projekte zur Unterstützung von FEAD-Projekten an, die unterstützende Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Inklusion von Personen umfassen, die Förderung aus dem FEAD erhalten. Dies wird erreicht, indem diese Partnerorganisationen bei Folgemaßnahmen unterstützt werden, die über die ergänzenden Maßnahmen des FEAD hinausgehen. Auch in Polen sind die begünstigten Organisationen gemäß den Leitlinien der Verwaltungsbehörde verpflichtet, die Empfänger von Nahrungsmittelhilfe darüber zu informieren, wie sie in den Genuss der entsprechenden ESF-Unterstützung kommen können, und ihnen bei der Anmeldung für diese Unterstützungsmaßnahmen zu helfen.

Alle Mitgliedstaaten berichteten, dass sie in ihren FEAD-Programmen die Grundsätze der **Gleichbehandlung von Frauen und Männern** (Artikel 5 Absatz 11 der FEAD-Verordnung) und der Verhinderung der Diskriminierung im weiteren Sinne berücksichtigen. Dies ist beispielsweise an den Kriterien für die Auswahl der Partnerorganisationen und der spezifischen Projekte erkennbar. Die von den Partnerorganisationen zur Durchführung von Projekten eingeführten Outreach-Strategien beruhen auf diesen Grundsätzen. Die Art der in den Überwachungssystemen erhobenen Daten ermöglicht eine Überprüfung der gegenwärtig angewandten Verfahren. Irland meldet in seinem jährlichen Durchführungsbericht, wie demografische Aspekte, einschließlich der Aufschlüsselung nach Geschlecht, in der

vierteljährlichen Berichterstattung lokaler Partnerorganisationen und bei Besichtigungen der Verteilstellen untersucht werden.

In Bezug auf **die Auswahlkriterien für Nahrungsmittel** bestätigen die Mitgliedstaaten, dass sie objektive Kriterien erfüllen, bei denen berücksichtigt wird, wie die Erzeugnisse zu einer ausgewogenen Ernährung beitragen. Belgien verweist beispielsweise darauf, dass bei der Auswahl von Nahrungsmitteln eine fachliche Beratung zu den besonderen Bedürfnissen der Empfänger, zum Nährwert, zur Haltbarkeit und zum glykämischen Index berücksichtigt wird. Bulgarien folgt den Empfehlungen des Gesundheitsministeriums zur Gewährleistung einer ausgewogenen Ernährung. Spanien erklärt, dass der Schwerpunkt bei der Auswahl der Grundnahrungsmittel in erster Linie darauf liegt, den Ernährungsbedürfnissen benachteiligter Menschen so weit wie möglich gerecht zu werden. Daher sind die bereitgestellten Grundnährstoffe (Proteine, Kohlenhydrate, Fette, Ballaststoffe, Vitamine und Mineralstoffe) so vielfältig wie möglich, um eine Mangelernährung zu mindern. Finnland geht nach ähnlichen Grundsätzen vor und befolgt die Leitlinien seines staatlichen Beratungsausschusses für Ernährung.

In Kroatien müssen die verteilten Nahrungsmittel den strengen Nahrungsmittel-Qualitätsstandards entsprechen, die in den nationalen Rechtsvorschriften über Landwirtschaft und Lebensmittel festgelegt sind, und nachhaltig erzeugt und verarbeitet werden. In Slowenien wurden die Nahrungsmittel auf der Grundlage von Vorschlägen ausgewählter Partnerorganisationen zusammengestellt, darunter Grundnahrungsmittel wie Milch, Teigwaren und Reis. Diese Erzeugnisse wurden durch Nahrungsmittel ergänzt, die von Partnerorganisationen gespendet oder gekauft wurden, um ein ausgewogenes und gesundes Paket von Nahrungsmitteln zusammenzustellen.

Wie die oben genannten Mitgliedstaaten folgt auch die Slowakei den Ersuchen der Partnerorganisationen und berücksichtigt dabei die Hinweise des Gesundheitsamts zur Einhaltung der empfohlenen Nährwertanforderungen, die in den slowakischen Rechtsvorschriften festgelegt sind.

Die Vermeidung der Lebensmittelverschwendungen wird ebenfalls von einer Reihe von Mitgliedstaaten als Leitprinzip genannt. Die diesbezüglichen Bemühungen stehen im Zusammenhang mit dem Nachhaltigkeitsziel 12.3 der Vereinten Nationen, das bis 2030 die Halbierung der Lebensmittelverschwendungen pro Person vorsieht, sowie mit europäischen Initiativen zur Verringerung der Lebensmittelverschwendungen wie der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“. Alle oben genannten Mitgliedstaaten berücksichtigen bereits die Erfahrungen der Partnerorganisationen und stellen so sicher, dass sie geeignete Lebensmittelerzeugnisse bereitstellen, die den Bedürfnissen der Empfänger gerecht werden. So wird auch die Auswahl von Lebensmitteln regelmäßig aktualisiert, um dem sich ändernden Bedarf oder den praktischen Erfahrungen Rechnung zu tragen und in dieser Weise zur Verringerung einer möglichen Lebensmittelverschwendungen beizutragen. Mehrere Mitgliedstaaten haben diesbezüglich zusätzliche Maßnahmen ergriffen. In Finnland wird beispielsweise die Lebensmittelsicherheit als wichtiges Anliegen genannt. Daher werden die Transportfähigkeit der ausgewählten Nahrungsmittel, die begrenzte Lagerkapazität der Partnerorganisationen und die Haltbarkeit der Erzeugnisse berücksichtigt. Aus diesem Grund hat Finnland keine frischen Erzeugnisse bzw. Produkte, die gekühlt transportiert und gelagert werden müssen, in die bereitgestellte Auswahl aufgenommen. Die Slowakei wählt ebenfalls bewusst Erzeugnisse aus, die leicht zu lagern sind und eine ausreichend lange Haltbarkeit haben. Irland verfolgt in diesem Zusammenhang einen besonders interessanten Ansatz durch seine Partnerschaft mit FoodCloud, einem gemeinnützigen Sozialunternehmen zur Bekämpfung des Problems der Lebensmittelverschwendungen. Unternehmen, die über große Mengen überschüssiger Lebensmittel verfügen, werden mit kommunalen Wohltätigkeitsorganisationen in ganz Irland, die Lebensmittel benötigen, in Kontakt gebracht. So wird sichergestellt, dass die Endempfänger eine Vielzahl hochwertiger überschüssiger Nahrungsmittel erhalten, während die Unternehmen, die Nahrungsmittel spenden, von gesenkten Kosten für die

Abfallbeseitigung profitieren und einen sinnvollen und praktischen gesellschaftlichen Beitrag leisten.

Klima- und Umweltaspekte gehören ebenfalls zu den wichtigen horizontalen Aspekten, die die Mitgliedstaaten nach eigenen Aussagen bei der Auswahl der materiellen Basisunterstützung berücksichtigen. Zum Beispiel berichtet Österreich, dass darauf geachtet wurde, langlebige, hochwertige Artikel zu finden und mehr recycelte Produkte zu verwenden. Seit 2020 werden beispielsweise alle bereitgestellten Rucksäcke und Schultaschen aus Geweben aus recycelten PET-Flaschen hergestellt. Tschechien weist ebenfalls darauf hin, dass Produkte nach dem Grundsatz ausgewählt werden, dass sie die Umwelt nicht belasten. Darüber hinaus wird das Recycling gefördert, indem beispielsweise Toilettenpapier aus 100 % Recyclingmaterial ausgewählt wird. Rumänien weist insbesondere darauf hin, dass es hohe Anforderungen an die Verpackung von Hygieneartikeln stellt, die im Rahmen der Projekte für die materielle Basisunterstützung verteilt werden. Damit wird der Anforderung entsprochen, dass die Kennzeichnung dieser Produkte Angaben zum Umweltschutz und zum Recycling von Verpackungen enthalten muss. Rumänien hat auch Holzpaletten für die Verteilung von Lebensmittelpaketen gesammelt und wiederverwendet.

3 SCHLUSSFOLGERUNGEN

Über den gesamten Berichtszeitraum hat der FEAD eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Ziele des Aktionsplans zur europäischen Säule sozialer Rechte gespielt, mit denen eine **Verringerung der Anzahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen** angestrebt wird. Er bot einen vielseitigen Weg, um die im Rahmen von REACT-EU bereitgestellten zusätzlichen Mittel zur Krisenbewältigung einzusetzen und die durch die COVID-19-Pandemie in den Jahren 2021 und 2022 verursachte Zunahme prekärer Lebensverhältnisse in der gesamten EU und die jüngste Inflation bei den Preisen für grundlegende Güter anzugehen.

Die jährlichen Durchführungsberichte für 2022 enthalten auch klare Beispiele dafür, wie der FEAD für die Bereitstellung von Nahrungsmittelhilfe und materieller Basisunterstützung für Flüchtlinge eingesetzt wurde, die vor dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine flohen.

Im Jahr 2022 waren rund 15 Millionen Menschen Begünstigte des FEAD, wobei mehr als 390 000 Tonnen Lebensmittel und 62 Millionen Mahlzeiten verteilt wurden. Mehr als 800 000 Menschen erhielten materielle Basisunterstützung, und fast 225 000 Menschen erhielten Gutscheine.

In den jährlichen Durchführungsberichten für 2022 wurden Ausgaben in Höhe von insgesamt 669 Mio. EUR im Jahr 2022 gemeldet, wodurch eine Gesamtdurchführungsrate von 73 % erreicht wurde.

Im Jahr 2022 wurden rund 400 000 Tonnen Lebensmittel bereitgestellt – das ist etwas weniger als in den Pandemiejahren 2020 und 2021, aber mehr als in den Jahren vor der Pandemie. Beim Gesamtgeldwert der **materiellen Basisunterstützung** ist im Verlauf des gesamten Programmplanungszeitraums eine steigende Tendenz zu beobachten. Diese Unterstützung belief sich auf 40,6 Mio. EUR, von denen die Hälfte für Gutscheinprogramme in Rumänien verwendet wurde.

Auf der Grundlage der vorstehenden Ausführungen lässt sich sagen, dass das letzte Jahr der Durchführung des FEAD durchaus mit Herausforderungen verbunden sein wird. Die Haushaltssmittel übersteigen zwar die bestehenden Mittelzuweisungen, aber im letzten Jahr wird eine bemerkenswerte Steigerung der Verwendung erforderlich sein, um eine vollständige Verwendung zu erreichen. Dies kann sich in mindestens der Hälfte der Mitgliedstaaten als schwierig erweisen. In der Zwischenzeit wurde möglicherweise bereits mit der Durchführung der ESF+-Programme begonnen, was die Fortsetzung der Programme im Rahmen des Einzelziels m (Bekämpfung materieller Entbehrung) ermöglichen wird.